

***(14) Wiedereinführung eines Verwaltungskontrollsystems**

Mit dem Beschluß des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, ein Ministerium für Verwaltungskontrolle (jiancha bu; wörtlich: "Kontrollministerium") zu schaffen, ist der Grundstein für die Wiedereinführung des Verwaltungskontrollsystems der 50er Jahre gelegt worden. In den frühen 50er Jahren hatte es zunächst eine "Kontrollkommission des Volkes" gegeben, die im September 1954 in das "Kontrollministerium" umgewandelt wurde. Das Ministerium und die entsprechenden lokalen Kontrollorgane überwachten Regierungsorgane, staatseigene Betriebe, staatlich-private Gemeinschaftsunternehmen und Genossenschaften sowie deren Personal hinsichtlich der Einhaltung der staatlichen Politik, Gesetze und Verordnungen sowie der administrativen Disziplinarregeln. Im Zuge der von Mao Zedong verfolgten Konzentration der Macht in den Händen der Partei wurde das Kontrollministerium zusammen mit dem Justizministerium im April 1959 aufgelöst.

Im Gegensatz zu den 50er Jahren wird sich die Zuständigkeit der neuen Verwaltungskontrollorgane jedoch strikt auf die staatlichen Verwaltungsorgane und -kader sowie auf jene Führungskader der staatseigenen Betriebe und der staatlichen Institutionen beschränken, die von staatlichen Verwaltungsorganen ernannt wurden. Die Verwaltungskontrollorgane haben nicht nur ein Untersuchungs- und Vorschlagsrecht, sondern können auch Disziplinarstrafen bis hin zu einem schweren Verweis erteilen. Die lokalen Verwaltungskontrollorgane, die wahrscheinlich bis zur Kreisebene hinab etabliert werden sollen, sollen sowohl der Regierung der betreffenden Verwaltungsebene als auch dem Verwaltungskontrollorgan der übergeordneten Ebene unterstehen. (RMRB, 28.11.86; Xinhua, 27.11.86, nach SWB, 8.12.86)

Die künftigen Verwaltungskontrollorgane stellen das staatliche Pendant zu den Disziplinarkontrollkommissionen der Kommunistischen Partei dar: Während die KPCh-Disziplinarkontrollkommissionen für parteidisziplinarische Vergehen der Parteimitglieder und Parteifunktionäre oder gar ganzer Parteiorgane zuständig sind, sollen die Verwaltungskontrollorgane Vergehen der Staatsverwaltungskader gegen staat-

liche Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen sowie gegen administrative Disziplinarregeln ahnden. Wahrscheinlich steht der Beschluß auf Wiedereinführung des Ministeriums für Verwaltungskontrolle im Zusammenhang mit der politischen Reformdiskussion. Möglicherweise soll von seiten der Reformkräfte mit der Schaffung eines staatlichen Kontrollorgans verhindert werden, daß sich die Zentrale Disziplinarkontrollkommission unter Chen Yun weiterhin auch mit angeblichen "falschen Tendenzen" von Staatsverwaltungskadern im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen befaßt. Bis ein funktionsfähiges Verwaltungskontrollsystem geschaffen sein wird, dürfte freilich noch eine geraume Zeit ins Land gehen, denn bisher ist noch nicht einmal ein Minister für Verwaltungskontrolle ernannt worden, dessen Aufgabe es zunächst sein wird, sein Ministerium aufzubauen. -sch-

***(15)**

Erweiterte Sitzung der ZK-Militärkommission

Die ZK-Militärkommission trat vom 11. bis 26. Dezember 1986 zu einer erweiterten Sitzung zusammen, die die größte seit Dezember 1978 gewesen sein soll. Am Ende der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß die Zahl der VBA-Mitglieder seit Juni 1985 um 410.000 reduziert worden ist (RMRB, 26.12.86) - insgesamt soll die VBA um 1 Million Armeeangehörige reduziert werden (siehe u.a. C.a., Juni 1985, S. 376-379). Einer der Haupttagungspunkte war die Diskussion über den "Beschluß der ZK-Militärkommission über die politische Arbeit der Armee in der neuen Periode". Darüber hinaus faßte die ZK-Militärkommission konkrete Beschlüsse hinsichtlich der militärischen, politischen und logistischen Arbeit (RMRB, 22./26.-28.12.86). Möglicherweise beschäftigten sich die Mitglieder der ZK-Militärkommission auch mit den gleichzeitig ablaufenden Studentendemonstrationen. -sch-

***(16)**

192 weitere Städte und Kreise für Ausländer geöffnet

Die chinesische Regierung hat weitere 192 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet. Eine Liste dieser neu hinzugekommenen 192 offenen Orte und Gebiete veröffentlichte die VOLKSZEITUNG am 1. Dezember 1986. Zu den neu ge-

öffneten Gebieten gehören auch vier Kreise in Tibet und fünf Städte in Xinjiang. Damit erhöht sich die Zahl der für Ausländer ohne Zusatzgenehmigung zugänglichen Städte und Kreise auf 436. Diese 436 Orte und Gebiete können von Ausländern jederzeit mit einem gültigen Visum (oder einer Aufenthaltserlaubnis) für die VR China bereist werden. Bisher waren 244 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet gewesen (siehe die Liste in C.a., Juli 1986, S. 405). -sch-

KULTUR

*

*

***(17)**

Stiftung für Minderheitenliteratur gegründet

Mit dem Ziel, die literarische Produktion der nationalen Minderheiten zu fördern, wurde am 18.12.1986 in Beijing eine nationale Stiftung für Minderheitenliteratur gegründet. Die Stiftung wurde gemeinsam von dem mongolischen Schriftsteller und Präsidenten des Schriftstellerverbandes der nationalen Minderheiten Mala Qinfu und dem aus Ningxia stammenden, der Hui-Nationalität angehörenden Unternehmer Wang Qi gegründet. Die Grundlage für die Stiftung bildet eine großzügige Spende Wang Qis von 500.000 Yuan. Weitere Geldsummen wurden von einem koreanischen Professor, der am Fremdspracheninstitut in Guangzhou tätig ist, und zwei bäuerlichen Unternehmern, einem Angehörigen der Zhuang aus Guangxi und einem Hanchinesen aus Guangdong, gespendet. Die vier Spender wurden mit Ehrenurkunden der Staatlichen Kommission für Nationalitätenangelegenheiten ausgezeichnet. Präsident der Stiftung wurde der mongolische Schriftsteller Mala Qinfu, Vizepräsident Wang Qi. Vier Persönlichkeiten politischer Gremien wurden zu Ehrenpräsidenten ernannt: der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK Seypidin Aze und die stellvertretenden Vorsitzenden des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes Yang Jingren, Burhan Shahidi und Fei Xiaotong. Zu den 15 Beratern der Stiftung zählen u.a. die Parteivorsitzenden der fünf autonomen Gebiete und einige bekannte Schriftsteller (XNA, RMRB, 19.12.86).

Die Stiftung ist ein wichtiger Schritt zur weiteren Anhebung der Stellung der Minderheitenliteratur in China, die es schwer hat, sich neben der chinesischen Literatur einen eigenständigen Platz zu erobern. Ein Fortschritt ist, daß die Stiftung unter Leitung von Nicht-Hanchinesen steht, wodurch die Autonomie gesichert zu sein scheint. -st-

*(18)

Erwachsenenbildung

Anfang Dezember 1986 fand in Yantai eine nationale Erwachsenenbildungskonferenz statt, auf der Maßnahmen zur Reform des Erwachsenenbildungssystems diskutiert wurden und ein "Beschluß zur Reform und Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung" verabschiedet wurde. Die Politik auf diesem Sektor des Bildungswesens läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß die Erwachsenenbildung künftig in erster Linie der Erlangung besserer beruflicher Qualifikationen und der Fortbildung insbesondere der Akademiker dienen sollen, d.h. die Analphabeten sind nicht mehr die primäre Zielgruppe. Ziel der Reform soll die Anhebung und Verbesserung der Produktion in allen Wirtschaftsbetrieben einschließlich der Betriebe auf dem Lande sein. Die Rolle des Staates soll sich im wesentlichen auf die Kontrolle beschränken, während die Betriebe und die lokale Verwaltungsebene für die eigentliche Durchführung der Erwachsenenbildung verantwortlich sein sollen (XNA, 3. und 5.12.86).

Einzelheiten der Reform der Erwachsenenbildung lassen sich der Rede entnehmen, die der Vorsitzende der Staatlichen Erziehungskommission Li Peng auf der Konferenz hielt (in Auszügen wiedergegeben in GMRB, 22.12.86 und etwas ausführlicher in XNA, chin., 21.12.86, nach SWB, 2.1.87).

Nach Li Peng läßt sich das Erziehungswesen grob in vier Bereiche unterteilen: Allgemeinbildung, berufliche und technische Bildung, reguläre Hochschulbildung und Erwachsenenbildung. Während die ersten drei Bereiche das Reservoir von Arbeitskräften für die sozialistische Modernisierung ausbilden, wendet sich die Erwachsenenbildung hauptsächlich an Leute, die bereits im Beruf tätig sind.

Die Erwachsenenbildung ihrerseits umfaßt nach Li Peng fünf Bereiche:

1. Ausbildung am Arbeitsplatz mit dem Ziel, die Fähigkeit zu verbessern, den Beruf auszuüben. Dieses soll das Hauptziel der Erwachsenenbildung sein.

2. Verbesserung der Allgemeinbildung, insbesondere für solche Arbeiter und Angestellten, die keine abgeschlossene Schulbildung besitzen. Zur Zielgruppe gehören Leute, die aufgrund der Kulturrevolution keinen Abschluß der Mittelschulunterstufe gemacht haben und keine Berufsausbildung genossen haben, aber auch Analphabeten, zumal auf dem Lande und unter den Frauen.

3. Hochschulbildung und Fachausbildung auf Sekundarebene mit formalem Diplomabschluß. Hauptzielgruppe dieses Bildungszweiges sind Absolventen der Oberstufe regulärer Mittelschulen, die keinen regulären Studienplatz erhalten. Nur jeder vierte Abiturient erhält einen Studienplatz. Der Rest hat die Möglichkeit, verschiedene Typen von Hochschulen und Fachsekundarschulen im Rahmen der Erwachsenenbildung zu besuchen, wie z.B. Fernuniversität, Fernkurse, Abend- und Arbeiterhochschulen oder Fachschulen auf Sekundarebene für Arbeiter und Bauern. Auf diese Weise soll Fachpersonal der mittleren und fortgeschrittenen Ebene ausgebildet werden.

4. Fortbildungskurse, die im Unterschied zur Ausbildung am Arbeitsplatz darauf abzielen, aufgrund der ständigen Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik insbesondere bei den Akademikern das Wissen auf den neuesten Stand zu bringen.

5. Soziale und kulturelle Erziehung und Erziehung fürs Leben mit dem Ziel, auf vielfältige Art und Weise und mit einem breiten Inhaltsspektrum das Wissen von Mitgliedern der Gesellschaft zu bereichern. Diese Art von Bildung soll die Menschen positiv beeinflussen und ihre Lebensqualität verbessern.

Was den gegenwärtigen Stand der Erwachsenenbildung betrifft, so nannte Li Peng die folgenden Zahlen: Heute gibt es in China über 1.200 Hochschulen im Rahmen der Erwachsenenbildung, 4.000 Fachschulen auf Sekundarschulebene, 30.000 Arbeiterschulen und 3.500 technische Schulen für Bauern, die von den Kreisen betrieben werden. Diese Schulen haben seit Ende

1978 gut 900.000 Hochschulgraduierte und 1,42 Millionen Graduierte von Fachschulen auf Sekundarebene ausgebildet und etwa 15 Millionen Menschen das Lesen und Schreiben beigebracht. Er wies darauf hin, daß sich das Erwachsenenbildungswesen vor allem während der Periode des 6.Fünfjahresplans rapide entwickelt habe, eine Tatsache, die den dringenden Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitern, Bauern, Kadern und anderen Arbeitskräften widerspiegele.

Trotz dieser Fortschritte bleibe auf diesem Gebiet noch viel zu tun, denn der wirtschaftliche Erfolg, die Arbeitsproduktivität sowie die Qualität der Produkte ließen vielfach sehr zu wünschen übrig. Im Dienstleistungssektor mache sich der Mangel an beruflicher Ausbildung und Berufsethos empfindlich bemerkbar. Durch eine verbesserte Erwachsenenbildung könne man hier direkt einwirken und beispielsweise auch das Niveau der Funktionäre in den Regierungsorganisationen anheben.

Die Reform der Erwachsenenbildung soll sich auf fünf Punkte erstrecken:

1. Der Schwerpunkt der Erwachsenenbildung soll auf der Anhebung der beruflichen Fähigkeiten eines Menschen liegen. Dies kann entweder durch Ausbildung am Arbeitsplatz oder durch den Erwerb eines Diploms in einem für den Beruf relevanten Spezialgebiet erreicht werden.

2. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen mobilisiert werden, Erwachsenenbildung zu betreiben, insbesondere die Betriebe. Um doppelten Aufwand zu vermeiden, könnten mehrere Betriebe auch gemeinsam eine Schule betreiben. Hinsichtlich der verschiedenen Arten von Arbeiterschulen sollten bereits existierende Ausbildungseinrichtungen und vorhandenes Personal von Betrieben genutzt werden. Allgemein sollten auch Schulen für Kurzeitkurse und insbesondere Schwerpunkthochschulen im Rahmen von Fern-, Abend- und Fernhochschulen für Fortbildungskurse usw. genutzt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Erwachsenenbildung auf dem Lande gewidmet werden, wo jüngeren Bauern und Jugendlichen praktische landwirtschaftliche Kenntnisse bzw. eine praktische Ausbildung vermittelt werden sollte.

3. Die Reform der Erwachsenenbildung soll mit der Reform des Personal-, Lohn- und Einstellungssystems koordiniert werden. In den vergangenen Jahren ist bereits das Prinzip der Entlohnung nach Leistung und Qualifikation eingeführt worden, was auf die Entfaltung der Erwachsenenbildung einen positiven Einfluß gehabt hat. In Zukunft sollen Fachkräfte und Techniker Qualifikationsnachweise erhalten, doch sollten diese nur an wirklich qualifiziertes Personal ausgehändigt werden. Auf diese Weise können sich z.B. Jungarbeiter zu Vorarbeitern qualifizieren, und hervorragende Vorarbeiter könnten Techniker werden.

4. Die Erwachsenenbildung soll hauptsächlich in die Freizeit gelegt werden, wobei zum Selbststudium ermuntert werden soll. Auf diese Weise soll der normale Produktions- und Arbeitsablauf in den Betrieben bzw. den Büros nicht beeinträchtigt werden.

5. Die Erwachsenenbildung kann auf verschiedene Art und Weise durchgeführt werden und unterschiedliche Formen haben. Langfristige Studienprogramme und kurzfristige Ausbildungskurse, Freizeitprogramme und Bildungsurlaub sollen nebeneinander bestehen. Hingewiesen wird besonders auf die audiovisuellen Unterrichtsmethoden, wie Unterricht über Radio, Fernsehen und Videorekorder. Für die Erziehungsprogramme des Satellitenfernsehens z.B. stehen jetzt gut 1.000 Bodenstationen zur Verfügung. Künftig sollen die Fernsehuniversitäten und die Fernschulen sowohl Erwachsene als auch den jeweiligen Jahrgang von Abiturienten ohne regulären Studienplatz aufnehmen. Ihre Aufgabe soll es sein, Fachstudien und berufliche und technische Bildung auf Hochschulebene zu vermitteln. Die Absolventen dieser nichtregulären Bildungseinrichtungen haben keine Arbeitsplatzgarantie.

Auf der Konferenz diskutierte Probleme:

1. Struktur: In Übereinstimmung mit der Reform des politischen Systems, deren Ziel die Rationalisierung ist, sollen keine neuen Ämter oder Behörden eingerichtet und kein neues Personal eingestellt werden. Die bestehende Situation, wonach einzelne Provinzen eigene Ämter für Erwachsenenbildung unterhalten, während andere nur Abteilungen dafür zur Verfügung ha-

ben, soll bestehen bleiben. Allgemeine Richtlinie sollte sein, daß die Regierungen und Erziehungsbehörden eine wirksame Kontrolle auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung einführen und ein Verantwortlicher dafür ernannt wird.

2. Finanzen: Die Zentrale kann keine Mittel bereitstellen. Alle örtlichen Stellen, insbesondere die Betriebe, sollen aufgefordert werden, finanzielle Mittel für die Erwachsenenbildung zur Verfügung zu stellen. Man ist sich der Schwierigkeit bewußt, Unternehmer für das Projekt zu gewinnen, zumal sich dadurch die Produktionskosten erhöhen könnten. Aber man müsse versuchen, vorausschauenden Unternehmern klarzumachen, daß sich Investitionen in der Erwachsenenbildung langfristig allemal bezahlt machten, weil durch sie die Qualität der Betriebe gesteigert würde. Zugleich sollen die Lokalverwaltungen bis hinauf zum Kreis Mittel für die Erwachsenenbildung bereitstellen.

3. Arbeitsteilung zwischen der zentralen und lokalen Ebene: Die Staatliche Erziehungskommission ist zuständig für die Bildungsplanung, die Koordinierung der Bildungsarbeit und die Schulaufsicht. Gegenwärtig ist sie auch noch zuständig für die Überprüfung und Genehmigung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Diese beiden letzten Aufgaben sollen allmählich auf die Provinzebene und die Ebene der Städte delegiert werden. Nach wie vor aber behält sich die Staatliche Erziehungskommission das Recht vor, genehmigte Schulen, die den Qualitätsanforderungen nicht genügen, zu schließen.

Während die Verwaltung der Erwachsenenbildung bei den örtlichen Regierungen liegt, sind verschiedene zentrale Stellen für die Aus- und Fortbildung auf ihrem jeweiligen Gebiet verantwortlich: das Ministerium für Arbeit und Personalwesen für die Ausbildung von Arbeitern, die Staatliche Wirtschaftskommission für die Ausbildung von Fabrik- und Unternehmensarbeitern sowie für die Ausbildung am Arbeitsplatz, die Organisationsabteilung des ZK und das Ministerium für Arbeit und Personalwesen gemeinsam für die Ausbildung von Partei- und Regierungskadern, das Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei für die Ausbildung ländlicher Kader und technischen Fachpersonals. Für die übrigen

Bereiche der Erwachsenenbildung sind schließlich die verschiedenen Handels- und Berufsorganisationen zuständig.

4. Die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen veranstaltete Erwachsenenbildung: Diese Art von Erwachsenenbildung, die sozusagen auf private Initiative entstanden ist, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Diese Institutionen müssen vom Staat anerkannt sein und finanzieren sich selbst. Staatlich anerkannte Schulen sind autorisiert, Diplome zu vergeben. Zur Zeit werden Regelungen getroffen, daß auch Absolventen solcher Schulen, die noch nicht staatlich anerkannt sind, Diplome erhalten; und zwar können sie sich den Prüfungen für Selbststudierende unterziehen. Dabei sind drei Arten von Diplomen erlaubt: solche für die Absolvierung eines Vollstudiums, eines Fachstudiums und eines Einzelkurses. Diese Diplome sollen staatlich anerkannt werden und als Grundlage für die Einstellungs- und Einstufung von Kadern dienen. Voraussetzung dafür ist aber, daß der Staat eine strenge Kontrolle über die Vergabe von Diplomen bzw. über die entsprechenden Schulen ausübt.

Die Erwachsenenbildung wird heute hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der besseren Qualifizierung des Arbeitskräftepotentials gesehen, die für die Entwicklung der Wirtschaft so entscheidend ist. Damit hat sich ihr Schwerpunkt verlagert: Gegenüber der Vermittlung fachlich-beruflicher Spezialkenntnisse tritt die Alphabetisierung, die bislang im Mittelpunkt stand, zurück - angesichts der 230 Millionen Analphabeten eine zumindest problematische Entwicklung.

Im übrigen scheinen die auf der Konferenz diskutierten Probleme längst noch nicht zu aller Zufriedenheit gelöst zu sein. Das zentrale Problem sind die Finanzen. Der Staat will und kann sich nicht engagieren; es wird also sehr darauf ankommen, die Betriebe für Investitionen im Bildungswesen zu gewinnen - keine leichte Aufgabe, da die Prioritäten meist nicht zugunsten der Bildung gesetzt werden, wie die Erfahrungen z.B. bei den Gemeinden zeigen. Auch an dem unter Punkt 3 genannten Kompetenzwirrwarr, der einer rationalen Gliederung der Erwachsenenbildung im Wege steht, scheint sich nichts wesentlich zu ändern. -st-

*(19)

Aufnahme qualifizierter Lehrer in den Staatsdienst

Auf Beschluß des Staatsrates sollen jetzt 200.000 Grund- und Mittel-schullehrer, die an nicht vom Staat finanzierten, also vom Volk betriebenen Schulen (minban) unterrichten, in den Staatsdienst befördert werden. Dies würde bedeuten, daß diese Gruppe von Lehrern an "minban"-Schulen, die bisher ihr Gehalt von der jeweiligen Gemeinde bezog und damit geringer entlohnt wurde als ihre Kollegen an staatlichen (gongban) Schulen, nunmehr in den Genuß eines staatlichen Lehrergehaltes kommen und auch staatlich anerkannte Lehrer werden. Für die Beförderung kommen allerdings nur sehr gut qualifizierte Lehrer in Frage. Bei gleichen Voraussetzungen werden neben Lehrern mit Hochschulabschluß oder dem Abschluß einer Fachmittelschule auch solche Lehrer in Betracht gezogen, die über langjährige Lehrererfahrung verfügen und sich durch gute Leistungen hervorgetan haben. Die Formalitäten sehen vor, daß sich die betreffenden Lehrer bewerben, jeder Fall überprüft wird und die Genehmigung der Erziehungs- und Personalbehörden des jeweiligen Kreises eingeholt werden muß. Danach müssen die Erziehungs- und Personalbehörden der nächst höheren Ebene zustimmen, damit dann wiederum die betreffenden Kreisbehörden die Einstellungsformalitäten erledigen können. In der staatlichen Anweisung werden alle Erziehungsbehörden ermahnt, die Auswahlarbeit streng nach den Vorschriften und ordnungsgemäß durchzuführen und niemanden "durch die Hintertür" zu befördern. Zugleich werden die örtlichen Stellen angewiesen, künftig keine neuen "minban"-Lehrer mehr einzustellen (RMRB, 10.12.86).

Die Abschaffung der unzureichend qualifizierten "minban"-Lehrer, die vielfach keine formale Lehrerausbildung genossen haben, ist ein wichtiger Schritt zur Anhebung des Niveaus der Lehrer, wie sie in dem Beschluß über die Erziehungsreform vom Mai 1985 gefordert wird. Erst kürzlich hatte der Staat die Einführung von Qualifikationsnachweisen für alle Lehrer beschlossen (vgl. C.a. 1986/10, Ü 26). -st-

*(20)

Städte sollen zu Zentren allgemeiner Kultiviertheit werden

Die chinesischen Städte sollen sich zu Zentren einer allgemeinen Kultiviertheit entwickeln und beim

Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation zum Vorbild für das ganze Land werden. Dies forderte Politbüro- und ZK-Sekretariats-Mitglied Hu Qili auf einer Konferenz in Beijing, zu der Mitte Dezember 1986 Vertreter von zwanzig größeren und mittleren Städten Chinas geladen waren, darunter Beijing, Shanghai, Tianjin, Chongqing, Harbin, Changzhou und Shashi. Die Stadtvertreter kamen überein, auf die Entwicklung einer allgemeinen Kultiviertheit in ihren Städten genausoviel Wert zu legen wie auf die wirtschaftliche Entwicklung. Insbesondere wollen sie sich um die Schaffung eines Berufsethos in den einzelnen Berufen und um ein gut ausgebildetes Dienstleistungssystem bemühen, ferner um eine öffentliche sozialistische Moral und öffentliche Ordnung, um mehr Sauberkeit und eine schöne Umwelt, um verstärkte kulturelle und sportliche Aktivitäten, um die Popularisierung von Wissenschaft und allgemein um gute Umgangsformen und Höflichkeit (RMRB, 17.12.86).

Die drei größten Städte Chinas, Beijing, Shanghai und Tianjin, haben unmittelbar nach der Konferenz Programme aufgestellt, um das Antlitz ihrer Städte zu verändern. Das Gewicht soll auf die Verbesserung der Dienstleistungen, der öffentlichen Ordnung, der Umwelt und Sauberkeit sowie der allgemeinen Höflichkeit gelegt werden.

Die Beijinger Stadtverwaltung hat folgenden Katalog von Forderungen an die Bevölkerung aufgestellt: Angestellte im Dienstleistungsgewerbe sollen höflich und ehrlich sein. Angestellte im Gesundheitswesen sollen größeren Verantwortungssinn haben. Beamte der Sicherheits- und Rechtsorgane sollen alle Fälle unparteiisch und streng nach dem Gesetz handhaben. Die Angestellten im öffentlichen Verkehr sollen einen pünktlichen, sicheren und bequemen Dienst anbieten. Die Angestellten der Tourismusindustrie sollen weder überheblich noch nachlässig sein. Auch an die Künstler und Schauspieler, Lehrer und städtischen Arbeiter wird appelliert, ihre Arbeit mit der richtigen Einstellung und gewissenhaft zu verrichten. Nicht zuletzt sollen auch die privaten Händler ihre Geschäfte legal und ehrlich betreiben.

Die Stadt Tianjin möchte unter ihren Bürgern eine Atmosphäre der Harmonie, Wärme, Einheit und Freundschaft schaffen und verlangt von den staatlichen Angestellten mehr Pflichtbewußtsein.

Die Shanghaier Regierung legt die Betonung auf vier Punkte: Sie will hervorragende Arbeiter als Vorbilder propagieren. Sie will diejenigen bestrafen, die die Gesetze oder Disziplin brechen. Sie will den Arbeitern eine bessere Ausbildung zuteil werden lassen und deren Probleme lösen helfen. Schließlich will sie eine Atmosphäre des gegenseitigen Verstehens zwischen den im Dienstleistungsgewerbe Arbeitenden und den Kunden schaffen (RMRB, 24.12.86; XNA, 25.12.86).

Shanghai als Industriestadt lenkt sein Augenmerk in erster Linie auf die Arbeiterschaft, deren Ausbildungsstandard verbessert werden muß. Daneben spielt - wie bei den anderen Städten auch - der Dienstleistungssektor eine hervorragende Rolle. Auch in der Vergangenheit hat es mehrfach Versuche in dieser Richtung gegeben, indem man z.B. Höflichkeits- oder Sauberkeitskampagnen veranstaltete. Ob man heute unter dem Schlagwort vom "Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation" mehr Erfolg haben wird, muß die Zukunft zeigen. -st-

*(21)

Plädoyer für revolutionäre Musteroper

Anfang Dezember 1986 erschien in der Kantoner Abendzeitung (Yangcheng Wanbao) ein namentlich gezeichneter Artikel, in dem der Verfasser sich Gedanken über das Fernsehprogramm zum kommenden Frühlingsfest macht und fordert, man möge die revolutionären Musteropern wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Er behauptet, die Mehrheit des Volkes liebe gerade diese Kunst, und kritisiert die heutige offizielle Ablehnung der Musteroper. Beim vergangenen Frühlingsfest sei eine Auswahl von Szenen aus den Musteropern im Fernsehen ausgestrahlt worden, doch sofort hätten einige Kritiker ihre Stimme dagegen erhoben und "unsinnigerweise" die Musteroper mit der Kulturrevolution und Jiang Qing in Verbindung gebracht. Diese Kritiker, so der Verfasser, würden nichts dagegen haben, wenn junge Leute Poplieder sängen und in Diskos tanzten, doch wenn Lieder aus den Musteropern gesungen würden, dann gingen sie gleich in die Luft. Die Kontroverse um die Musteroper sei eine grundsätzliche Angelegenheit, die nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sei. Die "bürgerlichen Machthaber" dürften nicht die Kunstszene be-

setzen, und es komme nun darauf an, einen Gegenangriff zu starten. Er selbst habe Schwierigkeiten bekommen, als er Artikel zugunsten der Musteropern habe veröffentlichten wollen, und auf diese Weise erfahren, daß es für jemanden, der die Wahrheit besitzt, nicht leicht sei, jemanden, der die Macht hat, zu bekämpfen. Zum Schluß plädiert der Verfasser dafür, die Musteropern wieder in großem Stil aufzuführen und im Hörfunk und Fernsehen zu bringen, damit die Kritiker sehen, was beim Volk wirklich ankomme. Auch Filme über die Musteropern sollten im ganzen Land gezeigt werden, um so die Qualität des Films zu verbessern. Es solle wieder eine revolutionäre öffentliche Meinung geschaffen werden, die ihren Höhepunkt beim Frühlingsfest im Fernsehen erreichen sollte (Yangcheng Wanbao, 2.12.86, nach SWB, 10.12.86).

Es scheint sehr fraglich, ob die hier geäußerte Meinung die Stimme des Volkes wiedergibt. Eher dürfte es sich um die Ansicht einer Minderheit handeln, die noch weitgehend den künstlerischen Formen der Kulturrevolution verhaftet ist, da als einzige Alternative zu westlicher Popmusik die Musteropern angeführt werden. Sollte die Mehrheit des Volkes tatsächlich gegen westliche Kultureinflüsse sein, so würde sie sicherlich andere Quellen der Erbauung als die revolutionären Musteropern nennen: z.B. die traditionelle chinesische Oper und chinesische Volksmusik. -st-

* (22)

Neun Millionen illegaler Bücher konfisziert

Von 1984 bis Ende 1986 hat die Provinzregierung von Shanxi 9,35 Millionen Exemplare angeblich illegal publizierter Veröffentlichungen aus dem Verkehr gezogen. Es soll sich dabei um 243 Titel gehandelt haben. Die Provinz rühmt sich, auf diese Weise wirksam der durch Bücher und andere Veröffentlichungen minderer Qualität hervorgerufenen "geistigen Verschmutzung" Herr geworden zu sein, und das sogar, wie es heißt, mit Unterstützung der Staatlichen Publikationsbehörde. Um künftig der Verbreitung illegaler Publikationen vorbeugen zu können, hat der Provinzverlag beschlossen, ein Organ zu gründen, das sich speziell mit derartigen Publikationen befaßt. Zudem soll eine Inspektionsgruppe eingesetzt werden, die regelmäßig

die Xinhua-Büchläden der Provinz auf unerlaubte Veröffentlichungen hin überprüft (Radio Taiyuan, 26.12.86, nach SWB, 28.12.86).

Bei den konfiszierten Büchern dürfte es sich nur zu einem geringen Prozentsatz - wenn überhaupt - um literarische Werke handeln. In erster Linie werden Pornographie und Schundliteratur aus dem Verkehr gezogen. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

*(23)

Handelsbilanzdefizit gesunken

In den ersten elf Monaten des Jahres 1986 gab es in China ein Handelsbilanzdefizit von 2,13 Mrd. US\$. Dies seien, so ein Funktionär aus dem Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel, 3,7 Mrd. US\$ weniger als in der gleichen Periode des Jahres 1985. Die chinesischen Exporte stiegen in der genannten Zeit um 5,8% auf 24,4 Mrd. US\$, während die Importe um 8,2% auf 26,5 Mrd. US\$ sanken. In den Bereichen Textilien, Leichtindustriegüter, tierische Nebenprodukte und Kohle wurden große Exportzuwächse realisiert. Wegen der gesunkenen Ölpreise auf dem Weltmarkt wird China jedoch 3 Mrd. US\$ weniger an Devisen einnehmen als im Jahr zuvor.

In der Periode Januar bis November 1986 gab es beträchtliche Zuwächse bei den Importen von Schwerausrüstungen, neuer Technologie, Maschinen und technischen Instrumenten, aber eine scharfe Abnahme von Importen bei Kupfer, Aluminium, Kunstdünger, Pestiziden, granuliertem Zucker, Motorfahrzeugen und elektrischen Haushaltsgeräten.

Für 1987 wird ein Anwachsen der Exporte des Landes erwartet, basierend auf einer "Situation der Stabilität und Einheit". Die Importe werden jedoch in Übereinstimmung mit den Zahlungsmöglichkeiten und den Aufbaunotwendigkeiten festgesetzt werden. (XNA, 30.12.1986) -lou-

*(24)

Regelungen über Beschäftigung und Löhne in ausländischen Unternehmen

Ende November 1986 erließ die Führungsgruppe für ausländische Investitionen des Staatsrates in Zu-

sammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und Personal die "Regelungen bezüglich der Beschäftigungsautonomie, der Löhne, der Arbeiter und der Versicherungs- und Wohlfahrtszahlungen in ausländischen Unternehmen". Diese Regelungen stellen Ausführungsbedingungen für die Regelungen des Staatsrates zur Ermutigung ausländischer Investitionen dar. (Vgl. China aktuell, Oktober 1986, S.640 ff.)

Der erste Teil dieser neuen Ausführungsbestimmungen befaßt sich mit der Autonomie der ausländischen Unternehmen hinsichtlich der Beschäftigung. Die ausländischen Unternehmen sollen mit den dafür zuständigen lokalen Abteilungen für Arbeit und Personal zusammenarbeiten. Unter (4) heißt es dann aber, daß ein ausländisches Unternehmen jenes Personal entlassen kann, das sich während der Probe- oder der Trainingszeit als nicht qualifiziert erwiesen habe. Auch jene können entlassen werden, die aufgrund von Umstellungen der Produktionsverfahren im Unternehmen eingespart werden können. Entsprechend der Schwere des Falles kann ein Unternehmen auch jene Arbeiter, die aufgrund der Verletzung der Regeln des Unternehmens schwerwiegende Konsequenzen verursacht haben, bestrafen oder entlassen.

Im zweiten Teil wird über die Löhne sowie die Versicherungs- und Wohlfahrtszahlungen gehandelt. Unter (1) heißt es, daß die Lohnskala der Arbeiter in einem ausländischen Unternehmen vom Vorstand (Board of Directors) entsprechend dem Prinzip festgelegt werden soll, daß die Löhne nicht niedriger als 120% des Durchschnittslohnes sein sollen, die den Arbeitern eines lokalen staatlichen Unternehmens in der gleichen Branche und unter ähnlichen Bedingungen gezahlt werden. Die Löhne sollen in Übereinstimmung mit dem wirtschaftlichen Ergebnis des Unternehmens angepaßt werden. Sie sollten höher sein, wenn der wirtschaftliche Erfolg gut ist, der Lohnzuwachs soll klein sein oder es soll kein Lohnzuwachs erfolgen, wenn der wirtschaftliche Erfolg gering ist.

Unter (2) wird festgelegt, daß ein ausländisches Unternehmen Fonds für die Pensionszahlungen für die chinesischen Arbeiter sowie die Arbeitslosenversicherung errichten soll. Wenn ein Arbeiter beschäftigt